

„Ein Schuss nach hinten“

Kritik an Abschaffung der Pragmatisierung und Vergabe von Spitzenpositionen auf Zeit

Die weitgehende Abschaffung der Pragmatisierung und Vergabe von Spitzenpositionen auf Zeit gefährdet, sowohl auf Bundes- als auch Landesebene, die Unabhängigkeit der Beamtenschaft! Eine Argumentation, die in der historischen politischen Diskussion als unnötige Besitzstand- und Privilegienwahrung von Beamten diskreditiert und als sachlich unbegründet abgetan wurde.

Spät aber doch, dürfte sich die Richtigkeit dieser Argumentation nun auch weiteren Kreisen der Bürgerinnen und Bürger erschließen:

In der Kolumne PURGER PUR der Salzburger Nachrichten vom 29.07.2019, „Es ist was faul im Beamtenstaat Österreich“ (siehe Faksimile), bestätigt der stellvertretende Leiter der Wiener Redaktion, und Redakteur der Innenpolitik, diese These (Auszüge aus dem Artikel):

*„Wenn Exekutive, Justiz und Verwaltung nur noch Wachs in den Händen der regierenden Parteien sind, wird es brandgefährlich. Wo ist die gute alte österreichische Verwaltung hin, die sich keinen Deut darum scherte, wer da oben im Ministerbüro saß? Sie wurde systematisch verpolitisiert. Das Ende der Pragmatisierung und die Vergabe von Spitzenpositionen auf Zeit haben den öffentlichen Dienst ans politische Gängelband genommen.“*

Etwas weiter fährt Alexander Purger in seinem Artikel fort:

*„Die überwiegende Zahl der Beamten fühlt sich weiter ausschließlich dem Gesetz, ihrem Gewissen und dem Staat verantwortlich. Doch die Fälle, in denen sich Staatsbedienstete viel eher der Partei verpflichtet fühlen, denen sie ihre gut dotierten Posten verdanken, beginnen sich bedenklich zu häufen.“*

Seitens der gesamten Politik ist es modern geworden, dem Öffentlichen Dienst das volle Vertrauen abzusprechen. Es sind die gleichen Politiker, die mit der Abschaffung der Pragmatisierung und der Vergabe von Spitzenpositionen auf Zeit eine Schwächung des Öffentlichen Dienstes herbeigeführt haben. Hier beklagen sich jene, die dafür Verantwortung tragen!

Und doch versichern wir für den Löwenanteil der Öffentlich Bediensteten: Gesetz, Gewissen, Staats-, Landes- und Bürgerwohl stehen vor parteipolitischen Interessen!

Darüber hinaus kann unsere Forderung zur Absicherung von Kolleginnen und Kollegen nur lauten, in Zukunft wieder Pragmatisierungen in der Hoheitsverwaltung vorzunehmen. Es wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung einer, von politischen Parteien, unabhängigen Verwaltung.

Walter Deisenberger

Vorsitzender FSG-GOED-Salzburg